

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. März 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	4, 63	Klemmer, Siegrun (SPD)	27, 28
Baum, Gerhart Rudolf (F.D.P.)	48	Kubatschka, Horst (SPD)	5, 45
Beckmann, Klaus (F.D.P.)	23	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	50, 51
Bindig, Rudolf (SPD)	62	Lennartz, Klaus (SPD)	52, 53
Dr. Böhmer, Maria (CDU/CSU)	29, 30	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	58
Caspers-Merk, Marion (SPD)	56, 57	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	21, 22
Erler, Gernot (SPD)	60, 61	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	41, 42
Ferner, Elke (SPD)	39, 40	Ostertag, Adolf (SPD)	31, 32
Friedhoff, Paul K. (F.D.P.)	13, 14	Pfeiffer, Angelika (CDU/CSU)	7, 8
Ganseforth, Monika (SPD)	49	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	18
Grünbeck, Josef (F.D.P.)	16, 17	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	24, 25
Habermann, Michael (SPD)	43, 44	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	9, 10
Harries, Klaus (CDU/CSU)	3	Schmidt, Renate (Nürnberg) (SPD)	35, 36
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	33, 34	Schwanitz, Rolf (SPD)	11, 12
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	37, 38	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	26
Homburger, Birgit (F.D.P.)	46, 47	Türk, Jürgen (F.D.P.)	15
Jäger, Claus (CDU/CSU)	6, 59	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	54, 55
Dr. Keller, Dietmar (PDS/Linke Liste)	1, 2	Weyel, Gudrun (SPD)	19, 20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Dietmar Keller
(PDS/Linke Liste)

Wie bewertet die Bundesregierung die im ersten Bericht des Europäischen Parlaments über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft geäußerten Besorgnisse darüber, daß und wie in der Bundesrepublik Deutschland Menschen aus der früheren DDR politisch diskriminiert werden?
2. Abgeordneter
Dr. Dietmar Keller
(PDS/Linke Liste)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den in diesem Bericht enthaltenen schwerwiegenden Vorwürfen – wie Einführen einer „klaren politischen Kategorie der Bewertung von Personen“ durch das Kriterium der „Staatsnähe“; Kontrollen und Ablehnungen von Lehrern und Hochschullehrern, Anwälten und Notaren und anderen Personengruppen des öffentlichen Dienstes der DDR, die „unter Mißachtung der Rechtsnormen und der Regeln für das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden und eine Beeinträchtigung der Ausdrucks- und Meinungsfreiheit darstellen“ – die Grundlage zu entziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung die in Auftrag gegebenen Untersuchungsergebnisse über unter Umständen bestehende Schwermetallbelastungen für das Trinkwasser auf dem Standortübungsplatz der Bundeswehr in Wendisch Evern bei Lüneburg vorlegen können, da angeblich in der Nähe liegende Trinkwasserbrunnen gefährdet seien, und sind ähnliche Untersuchungen bei weiteren Truppenübungsplätzen geplant bzw. durchgeführt worden?
4. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung eine mögliche Bedrohung Deutschlands und seiner NATO-Partner durch ballistische Raketen anderer Staaten ein, und welche Schutzmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Aussagen von Vereinen, daß zumindest für abgelegene Wohnhäuser mittels Photovoltaikzellen die Versorgung mit Sonnenstrom bereits jetzt billiger als die konventionelle Energieversorgung sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Treffen Äußerungen aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu, daß in Deutschland noch 200 bis 250 nicht enttarnte Agenten der Stasi in „her-vorgehobenen Positionen“ sitzen, und hat die Bundesregierung bejahendenfalls ein Konzept zur Enttarnung und Unschädlichmachung dieser Agenten?
7. Abgeordnete
Angelika Pfeiffer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Anträge von Personen auf Aufnahme als Aussiedler im Zeitraum vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1992 und ab dem 1. Januar 1993 im Anerkennungs- und im Aufnahmeverfahren für Aussiedler von der Zweigstelle Hamm des Bundesverwaltungsamts Köln unter Nichtbeachtung der im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. November 1992 enthaltenen grundsätzlichen Erwägungen, jedoch unter Anwendung der erst seit dem 1. Januar 1993 – lange nach der Antragstellung – geltenden Vorschriften abgelehnt worden sind?
8. Abgeordnete
Angelika Pfeiffer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, damit verhindert wird, daß bei Entscheidungen von Bundesbehörden Gesetze angewendet werden, denen eine Rückwirkung nicht zukommt?
9. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung angesichts des europäischen Binnenmarktes die generelle Beschränkung der Beihilfefähigkeit auf in Deutschland entstandene Aufwendungen noch für zeitgemäß?

10. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den § 13 Abs. 2 der Beihilfeverordnung dahin gehend zu ändern, daß bei Erkrankungen außerhalb des üblichen medizinischen Erfahrungsschatzes eines Amts- oder Vertrauensarztes auch Sachverständige der Ärztekammer oder anerkannter Wissenschaftler gutachtlich tätig werden können?
11. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Wann stehen der Berliner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge die Formulare zur Beantragung einer Kapitalentschädigung nach § 17 StrRehaG für die Betroffenen, die sich gemäß § 25 Abs. 2 StrRehaG an diese Behörde wenden müssen, zur Verfügung?
12. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Durch welche Finanzzuweisungen in welcher Höhe will die Bundesregierung in den Jahren bis einschließlich 1999 sicherstellen, daß die Berliner Stiftung für ehemalige politische Häftlinge die Kapitalentschädigung an die Betroffenen, deren Anträge abschließend bearbeitet wurden, noch im selben Kalenderjahr auszahlen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordneter
Paul K. Friedhoff
(F.D.P.)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorhaben der Treuhandanstalt, daß die Treuhandbetriebe während der Sanierungsphase wie bisher von den Branchendirektoraten betreut werden?
14. Abgeordneter
Paul K. Friedhoff
(F.D.P.)
- Glaubt die Bundesregierung, daß die Treuhandanstalt unter Beibehaltung der bisherigen Betreuungspraxis der sanierungsfähigen Treuhandbetriebe während der Sanierungsphase die dringend erforderlichen zusätzlichen hochqualifizierten Manager gewinnen kann?
15. Abgeordneter
Jürgen Türk
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben über Treuhand-Unternehmen, die durch eine entsprechende Entflechtung aus Kombinat in Einzelunternehmen aufgelöst und fortgeführt wurden?

- | | |
|--|--|
| 16. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.) | Welche Struktur hat das laut Auskunft der Bundesregierung innerhalb der Treuhandanstalt aus-gebaute Controlling-Instrumentarium, und wel-che Ergebnisse wurden bisher erzielt? |
| 17. Abgeordneter
Josef Grünbeck
(F.D.P.) | Kann die Bundesregierung Auskunft über die Erfolge geben, die westdeutsche Unternehmer durch Übernahme von Treuhandbetrieben erzielt haben? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung den mög-lichen kalkulatorischen Zinsgewinn bei der Ver-lagerung der Gehaltszahlungen der Beamten und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes von Anfang bzw. Mitte des Monats an das Monats-ende, und welche Einsparungen lassen sich dar-aus bei Bund, Ländern und Gemeinden erzielen? |
| 19. Abgeordnete
Gudrun Weyel
(SPD) | Welche Regelungen hat die Bundesregierung getroffen, um bei der Aufgabe von militärischen Einrichtungen im Gebiet der alten Länder Grund-stücke frei zu machen von militärischen Aufbauten, Bauschutt und gefährlichen Bestandteilen? |
| 20. Abgeordnete
Gudrun Weyel
(SPD) | Auf welcher Verwaltungsebene müssen Kommu-nen mit dem militärischen Bereich bzw. der Bun-desvermögensverwaltung verhandeln, um ein Grundstück entsorgungsfrei übernehmen zu können? |
| 21. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU) | Unterstützt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Substanz der Volltuchwerke Crimmitschau GmbH mit seinen nahezu lebendig erhaltenen Produktionsanlagen aus der Jahrhundertwende als für die industrielle Revolution markante Indu-strieanlage für die Zukunft bewahrt werden sollte und somit als Westsächsisches Textilmuseum Crimmitschau weitergeführt werden sollte? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung den Verkauf dieser Einrichtung an die Stadt Crimmitschau zum Zwecke der Fortführung als Textilmuseum zum Verkehrswert für zweckmäßig? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

23. Abgeordneter
Klaus Beckmann
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung heute Auskunft geben über Anzahl und Erfolg derjenigen Unternehmen, die durch MBO (Management Buy Out) oder Einzelunternehmer aus den neuen Bundesländern weitergeführt wurden?
24. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der jährliche Anteil Deutschlands an den EG-Programmen TACIS (technische Unterstützung der GUS-Staaten und Georgien) und PHARE (technische Unterstützung für ehemalige RGW-Staaten)?
25. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß deutsche Unternehmen an diesen Programmen entsprechend dem deutschen EG-Finanzierungsanteil partizipieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

26. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Mit welchen gesetzgeberischen Maßnahmen oder Verordnungen und bis wann will die Bundesregierung die finanziellen Nachteile ausgleichen, die gehörlosen Menschen dadurch entstehen, daß sie Schreibtelefone benutzen müssen, die bauartbedingt das fünf bis achtfache an Zeit gegenüber herkömmlichen Telefonen benötigen (und damit entsprechend höhere Gebühren entstehen)?
27. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- In welcher Größenordnung bewegt sich der von der Bundesregierung infolge der vorgenommenen Kürzungen für die kommenden drei bis fünf Jahre erwartete Abbau von ABM-Stellen im Umweltbereich in den neuen Bundesländern, nach Bundesland und Branche aufgeschlüsselt?
28. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- In welcher Größenordnung bewegt sich der von der Bundesregierung für die kommenden drei bis fünf Jahre erwartete Abbau von ABM-Stellen im Umweltbereich bzw. im Bereich der Frauenarbeit in Berlin?

29. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Wie sieht die regionale Verteilung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in absoluten Zahlen sowie in Relation zur regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit aus?
30. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Wie sieht die regionale Verteilung von Frauen und älteren Arbeitnehmern, die an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen, in den neuen Bundesländern aus, absolut und in bezug auf ihre jeweilige regionale Arbeitslosigkeit?
31. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie viele Projekte nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes wurden in den neuen Ländern in den ersten zehn Wochen nach Inkrafttreten geschaffen, und wie verteilen sie sich auf die neuen Bundesländer?
32. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane der Bundesanstalt für Arbeit vor dem Hintergrund, daß die Vergabe der im Solidarpakt vereinbarten 2 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter Umgehung des üblichen Verfahrens lediglich in Verantwortung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erfolgt, und in welcher Weise wird sich die Bundesregierung aufgrund ihrer Ankündigung, das Geld für ABM-Beschäftigte in eine „vernünftige Relation“ zu den Einkommen auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ zu stellen, an tarifvertraglichen Regelungen halten?
33. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Summen wurden in der Vergangenheit pro Arbeitsfall im Rahmen von Sozialplänen der Stahlindustrie zur Verfügung gestellt, und mit welchen Summen pro Arbeitsfall rechnet die Bundesregierung für die kommenden Sozialpläne in diesem Bereich?
34. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche prozentuale Beteiligung des Bundes im Rahmen der aufzulegenden Sozialpläne in der Stahlindustrie hält die Bundesregierung für vertretbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

35. Abgeordnete
Renate Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Aufgrund welcher Überlegungen und Informationen hat sich die Deutsche Bundesbahn dafür entschieden, künftig ICE-Züge zwischen Würzburg und München nicht mehr über Nürnberg verkehren zu lassen, und aus welchem Grunde ist es nach Auffassung der Bundesregierung angebracht, für den Ballungsraum Nürnberg — Erlangen — Fürth — Schwabach mit mehr als einer Million Einwohner das ICE-Netz der Deutschen Bundesbahn erheblich einzuschränken?
36. Abgeordnete
Renate Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Sind Meldungen in verschiedenen Presseorganen zutreffend, daß die Entscheidung der Deutschen Bundesbahn auf eine Intervention des Bundesministers Dr. Wolfgang Bötsch zurückzuführen ist, und wird die Bundesregierung diese für den Ballungsraum Nürnberg — Erlangen — Fürth — Schwabach negative Entscheidung noch einmal überdenken?
37. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Wie haben sich in den letzten zwölf Monaten die Diebstähle auf Bahnhöfen und in Zügen — einschließlich der Schlafwagen — der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn entwickelt?
38. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Hält die Bundesregierung es für geboten, daß die Deutsche Bundesbahn die Reisenden über die ihnen drohenden Gefahren besser als bisher aufklärt, oder was gedenkt sie sonst zu tun, um den erheblichen Anstieg der Diebstähle zu bekämpfen?
39. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß die Stelle des Präsidenten der Bundesbahndirektion Saarbrücken nicht mehr besetzt werden soll, und wie soll die Bundesbahndirektion Saarbrücken künftig geführt werden?
40. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Welches sind die wirtschaftlichen Daten, die den ebenfalls gemeldeten Stillegungsbeschlüssen des DB-Vorstandes für verschiedene Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn im Saarland zugrunde liegen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Vorschläge angesichts der Bedeutung Saarbrückens im Hinblick auf die Hochgeschwindigkeitsbahn POS und andere europäische Verkehrsinfrastrukturnetze?

41. Abgeordnete
Jutta Müller
(Völklingen)
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, nach denen der Rangierbahnhof in Saarbrücken und weitere DB-Einrichtungen in Saarbrücken geschlossen werden sollen, und wie bewertet die Bundesregierung den drohenden Verlust von mindestens 500 Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit der Ankündigung der DB, bei einer Verwirklichung des Auflösungsbeschlusses für das BAW SB-Burbach Ersatzarbeitsplätze in diesen DB-Einrichtungen Saarbrückens zu schaffen?
42. Abgeordnete
Jutta Müller
(Völklingen)
(SPD)
- Welche Bedeutung hat nach Auffassung der Bundesregierung eine voll ausgebildete Eisenbahninfrastruktur für die wirtschaftlichen Weiterentwicklungschancen einer Region, und wie bewertet die Bundesregierung die Stillegungsvorschläge des DB-Vorstandes für DB-Einrichtungen im Saarland vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteiles zur Haushaltsnotlage des Saarlandes und Bremens und dem Auftrag, die Bundespräsenz im Saarland zu stärken sowie den allgemeinen Bemühungen, angesichts der Entwicklung bei Kohle und Stahl die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes voranzubringen?
43. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung Pläne des DB-Vorstandes zur stückweisen Auflösung der Bundesbahndirektion Saarbrücken, und wie will die Bundesregierung die Präsenz der Deutschen Bundesbahn im Saarland mit allen infrastrukturellen Einrichtungen sicherstellen?
44. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung auf den DB-Vorstand Einfluß nehmen, um die Realisierung der Stillegungsvorschläge des DB-Vorstandes für DB-Einrichtungen im Saarland zu verhindern und die DB-Direktion als wie bisher funktionsfähigen DB-Standort zu erhalten?
45. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einwirken, in Abteilen der Fernzüge (IC, ICE, EC und InterRegio) 220-Volt Steckdosen installieren zu lassen, um z. B. den Anschluß von Computern zu ermöglichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

46. Abgeordnete
Birgit Homburger
(F.D.P.)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr, Dr. Günther Krause, im Rahmen der Ressortabstimmung zur Verordnung nach § 40 Abs. 2 BImSchG (sog. Sommer-Smog-Verordnung) die Heraufsetzung von Konzentrationswerten für die Luftschadstoffe Benzol und Dieselsruß verlangt?

47. Abgeordnete
**Birgit
Homburger**
(F.D.P.)
- Wie bewertet die Bundesregierung diese Forderungen im Hinblick auf die Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen?
48. Abgeordneter
**Gerhart Rudolf
Baum**
(F.D.P.)
- Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung der Verordnung nach § 40 Abs. 2 BImSchG (sog. Sommer-Smog-Verordnung) bei, und wann ist mit einer Kabinettsvorlage zu rechnen?
49. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Firma Hoechst den umstrittenen FCKW-Ersatzstoff R 134a, dessen Produktion in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht genehmigt ist und der nicht nur ein sehr wirksames Treibhausgas ist, sondern bei dessen Abbau toxikologisch und öko-toxikologisch bedenkliche Substanzen entstehen können, in Brasilien herstellen und im großen Maßstab in die Bundesrepublik Deutschland exportieren will, und was wird sie dagegen tun?
50. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die chinesische Regierung in den Jahren 1987/88 an deutsche Kernenergie-Vertreter mit Angeboten zur Lagerung bundesdeutschen Atommülls in Tibet herangetreten ist, und liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß die chinesische Regierung seitdem erneute Angebote zur Lagerung deutschen Atommülls in Tibet und zur Aufarbeitung deutscher Brennstäbe in China unterbreitet hat?
51. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung aufgrund der jüngsten Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die eine stark zunehmende Ausdünnung der Ozonschicht auch über der nördlichen Hemisphäre belegen, auch für die Bundesrepublik Deutschland mit dem Auftreten eines für den Menschen sowie für die Tier- und Pflanzenwelt gefährlichen Ozonloches, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegen diese Bedrohung zu ergreifen?
52. Abgeordneter
**Klaus
Lennartz**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr der Grundwasserbelastung durch Kobalt-60-Sonden, die in Trinkwasserbrunnen in den neuen Ländern zwischenlagern bzw. festgeklemmt, von der Nylon-Aufhängung abgerissen, im Schlamm versunken oder versandet sind, und wie beurteilt sie die Tatsache, daß die Sonden korrodieren und dadurch undicht werden können?

53. Abgeordneter
Klaus Lennartz
(SPD)
- Welche Möglichkeiten gibt es, die in den Trinkwasserbrunnen festgeklemmten, versunkenen oder versandeten Kobalt-60-Sonden kurzfristig zu bergen, und welche Gefahren können bei der Bergung für die damit Beauftragten entstehen?
54. Abgeordneter
Reinhard Weis (Stendal)
(SPD)
- Wie wurden die bisher aus den Trinkwasserbrunnen in den neuen Bundesländern entfernten Kobalt-60-Sonden entsorgt bzw. wieder verwendet, und wie sollen die noch nicht geborgenen Sonden entsorgt werden?
55. Abgeordneter
Reinhard Weis (Stendal)
(SPD)
- Wer ist für die Bergung und Entsorgung der Kobalt-60-Sonden verantwortlich, und welche Kosten sind bisher angefallen bzw. werden noch für die Bergung und Entsorgung anfallen?
56. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Was wurde unternommen, um die Havariebrunnen mit Kobalt-60-Sonden in den neuen Ländern zu sichern, und mit welchen Ergebnissen wurden Grundwasserkontrollen in Nachbarbrunnen bzw. im Umkreis der Brunnen durchgeführt?
57. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Wie können die Bevölkerung und insbesondere Kinder vor Verstrahlungen durch Kobalt-60-Sonden aus Trinkwasserbrunnen in den neuen Bundesländern geschützt werden, und für welche Zwecke wird Brauchwasser aus solchen Brunnen z. Z. noch genutzt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

58. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung nunmehr endlich mit den längst fälligen Verhandlungen mit Polen über das geraubte deutsche Eigentum in den Oder-Neiße-Gebieten beginnen, nachdem Vermögensansprüche bei Abschluß der deutsch/polnischen Verträge ausdrücklich ausgenommen und damit späteren Verhandlungen vorbehalten waren?
59. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen haben die Bundesregierung und die anderen europäischen Regierungen ergriffen, um dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit in Rußland ausführlich über den serbischen

Völkermord in Bosnien und die dabei an den Tag gelegte Brutalität und Menschenverachtung informiert wird, und werden derartige Bemühungen von der russischen Regierung unterstützt oder eher behindert?

60. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher zur politischen Lösung des Jugoslawien-Konflikts unternommen?

61. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Welche Mittel hat die Bundesregierung bisher für humanitäre Hilfen zugunsten der Bewohner des ehemaligen Jugoslawien zur Verfügung gestellt, und wie viele dieser Bewohner sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit von internationalen Hilfslieferungen abhängig?

62. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)

Was hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung des Irans unternommen oder welche Schritte gedenkt sie etwa im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu initiieren, um gegen die – auf Anordnung des iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani bereits im Februar 1991 verabschiedete, jetzt auf der in Genf tagenden VN-Menschenrechtskommission bekanntgegebene – in einem Geheimpapier zur Bahá'i-Frage geplante umfassende Ächtung und Diskriminierung der Bahá'i-Religionsgemeinschaft, zu der sich allein im Iran etwa 300 000 Menschen bekennen, mit Entschiedenheit zu protestieren?

63. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Wie sieht die Taiwan-Politik der Bundesregierung aus, und ist die Bundesregierung bereit, diese gegebenenfalls zu modifizieren?

Bonn, den 19. März 1993

